

IN DIESER BÖSEN ZEIT

Es kann überhaupt keine Frage bestehen, daß Israel nach dem blutigsten Überfall auf sein souveränes Staatsgebiet durch die palästinensische Chamas aus Gaza nicht allein das Recht, sondern – hinsichtlich der horrend verletzten Unversehrtheit seiner Staatsbürger – die Pflicht zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ruhe an seinen Grenzen hat. Dies gilt selbstredend genauso für den Norden, wo die libanesische Hisb-Allah es sich im Tandem mit der palästinensischen Terrororganisation erlaubt, israelisches Staats-Territorium mitsamt zivilen Gemeinden und Ortschaften täglich mit zig-Raketen, Mörsern und Drohnen unter Feuer zu nehmen und buchstäblich in Schutt und Asche zu legen. Ganze Wald- und Landstriche sind dort mittlerweile abgebrannt und werden mühsam jahrelang wieder aufgeforstet werden müssen. Aber bei diesem Schlagabtausch hält sich die Weltgemeinschaft für einmal ganz unvornehm zurück, und erst wenn Israel damit droht, auch im Norden mit dem Einmarsch im Libanon für die Wiederherstellung der Ab-

schreckung zu sorgen, wird man plötzlich hellwach und stellt unmögliche Forderungen an den kleinen – und, wie sich nun auch für den sonst so selbstsicheren Premier Israels, Netanyahu, zweifelsfrei herausgestellt haben muß, verletzlischen Judenstaat, die kein anderer Staat ohne weitere und vor allem effektive Sicherheitsgarantien für dessen Staatsbürger akzeptieren würde.

Leider ist Netanyahu auch daran alles andere als unschuldig, nachdem er in den vergangenen Monaten mitsamt seiner noch immer vollkommen dysfunktionalen Regierung aus Günstlingen, vor allem aus den nationalreligiösen und ultraorthodoxen Lagern so ungefähr jedes diplomatische Kapital verschwendet und verspielt hat, das Israel in den Tagen nach dem furchtbar gruseligen 7. Oktober 2023 durchaus zugestanden bekam. Dazu gehört auch das geweckte „Interesse“ am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, nachdem Israels angesehenes und respektiertes unabhängiges Obergericht („Komplementaritätsprinzip“)



Ankunft der Panzer – An der Grenze zum Gazastreifen fährt die israelische Armee schweres Gerät auf. Nur eine Drohkulisse oder der Beginn der angekündigten Offensive?

schließlich von der Regierung selbst unterminiert und kompromittiert wurde. Aber das kann nach allem, was wir in den vergangenen Monaten und Jahren über die Lage hier in Israel, in die er das Land als Staatslenker geführt hat, nicht mehr verwundern. Von Anfang an schien Netanyahu nach dem Erwachen aus der Schockstarre denn auch einen unheilvoll „langen“ Krieg nach dem Diktum des österreichisch-judenchristlichen Satirikers Karl Kraus (1874-1936) führen zu wollen. „Krieg“, so Kraus, „ist zuerst die Hoffnung, daß es einem besser gehen wird, hierauf die Erwartung, daß es dem andern schlechter gehen wird, dann die Genugtuung, daß es dem andern auch nicht besser geht, und hernach die Überraschung, daß es beiden schlechter geht“. Diese Ernüchterung hat im Volk längst eingesetzt, nachdem klar wurde, daß die Regierung weder Rat noch Konzept über realistische und konkrete Kriegsziele besitzt. Und ist der – Israel wohlgerne einmal mehr aufgezwungene – Krieg nach dem berühmten preußischen General, Militärtheoretiker und Schriftsteller Carl von Clausewitz (1780-1831) „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, dann ist Israel noch weit davon entfernt, dieses Ziel sowohl bei Chamas als auch bei der Hisb-Allah erreicht zu haben oder überhaupt erreichen zu können; ganz gewiß nicht Netanyahus „totalen Sieg“ und die Vernichtung der beiden Israel mit Genozid „from the river to the sea“ bedrohenden, vom Iran und Qatar finanzierten und militärisch ausgerüsteten Organisationen. Überhaupt wäre dann an den weisen Rat Jeschuas zu erinnern, der den Krieg mit dem Turmbau in Verbindung brachte und riet, vor jeder vorschnellen Aktion die jeweiligen Kosten gründlich zu überschlagen (Luk. 14,28ff).

Auch gilt es daran zu erinnern, daß er sich jeder unserer Voten und vor allem Publikationen, insbesondere der Pressekampagnen seit Ende 2017 (aber auch zuvor schon), in denen unser Glaubensbruder Pülz wie kein anderer im Land **im Namen des HERRN und Gottes Israels** das gesamte Volk auf DESSEN biblisch-prophetisch verbriefte (Endzeit-) Pläne sowie die Gefahr jeder weiteren Nicht- und Mißachtung unzweideutig in allen wichtigen Landessprachen und Tageszeitungen hingewiesen hatte und die jeweils auch seinem Büro direkt zur Kenntnis gebracht wurden, vollkommen verschlossen zu haben scheint. Was auch schon

alles über die angeblich „judenchristliche“ Präsenz in seinem Büro aussagt, die wohl nur zur Schau für ausländisches Publikum und zu Spendensammelzwecken dort ihr Unwesen treiben darf.

Glaubt man Netanyahus eigener Darstellung, so hält er es – selbst nach dessen Tode – vielmehr mit dem Lubawitscher Rebben, der ihn nach mehreren Audienzen im ausländischen Brooklyn mit zugerauten persönlichen Prophезeigungen für die eigene Person so nachhaltig beeindruckt zu haben scheint, daß er diese zur Not noch immer seiner Wählerbasis präsentiert, um Stimmung zu machen und vor allem Stimmen zu angeln. – Damit mag er bei den noch immer in denselben fatalen historischen Irrtümern verhafteten Vertretern und Anhängern des traditionellen Judentums ankommen, womit er Israel allerdings keinen Gefallen tut, sondern es weiter auf – teuer zu stehende kommende – Abwege führt. Insofern gilt auch ihm, was im Alten Bund von Gott wie folgt taxiert wurde: „Und die Söhne Israels **taten weiter, was böse war in den Augen des HERRN**. Da gab sie der HERR vierzig Jahre in die Hand der Philister“ (Ri. 13,1). Schon Mosche Rabbenu, also unser Lehrer Moses, gab sich da keinen falschen Illusionen hin, wenn er das Volk in seinen Abschiedsreden ermahnte und feststellen mußte: „Denn ich habe erkannt, daß ihr nach meinem Tod ganz und gar zu [eurem] Verderben handeln und von dem Weg abweichen werdet, den ich euch befohlen habe. **Dann wird euch das Unheil treffen am Ende der Tage, weil ihr tun werdet, was böse ist in den Augen des HERRN, ihn zu reizen durch das Werk eurer Hände**“ (5. Mos. 31,29). Besonders christliche Anhänger Netanyahus, die jede (berechtigte) Kritik an ihm brüsk und kategorisch ablehnen, sollten sich diese Worte aus berufenem Munde vor Augen führen, denn es darf besonders im Falle Israel nie um einen Menschenkult gehen, wo der HERR das gesamte Volk (Klal-Israel) vor Augen hat. Netanyahu jedenfalls hat längst anderes im Sinn, wenn er denn je wirklich das Wohl des Volkes – und den HERRN vor Augen hatte.

Netanyahu deutete Wunder an, bevor er abgesetzt wurde: „Gott ist auf meiner Seite“

In einem letzten Versuch, seine zwölfjährige Amtszeit als Premierminister Israels fortzuset-

zen, hatte Benyamin Netanyahu eine Vorhersage publik gemacht, die Rabbi Menachem Mendel Schneerson, der legendäre spirituelle Führer der Chabad-Chassidischen Bewegung und sogenannte „Lubawitscher Rebbe“, vor mehr als 30 Jahren gemacht hatte.

Die politische Saga begann mit Wahlen im April 2019, dann im September 2019, im März 2020 und erneut im März 2021. Nach den letzten Wahlen vor seiner gefeierten Wiederwahl Ende 2022 wurde Netanyahu von Präsident Rivlin am 5. April 2021 damit beauftragt, eine Regierung zu bilden, scheiterte jedoch daran, eine Koalition zu organisieren. Am 2. Juni informierte Naftali Bennett, der Vorsitzende der Neuen Rechten, Rivlin darüber, daß er Vereinbarungen mit Yair Lapid, dem Vorsitzenden der Zukunfts-Partei, und Mansour Abbas, dem Vorsitzenden der Vereinigten Arabischen Liste, unterzeichnet hatte.

Die meisten Israelis erwarteten am Sonntagmorgen, daß Bennett am Abend als neuer Premierminister vereidigt würde. Dies würde tatsächlich eine Ära beenden, da Netanyahu seit 2009 das Land geführt hatte. Er war auch von 1996 bis 1999 Premierminister, was ihn zum am längsten dienenden Premierminister nach Israels Gründervater Ben-Gurion machte.

Aber „Bibi“, wie seine Anhänger ihn liebevoll nennen, war unerschrocken. Am Sonntagmorgen twitterte er eine Vorhersage und ein Foto, das eine Vorhersage von Rabbi Schneerson, dem Lubawitscher Rebbe, beschwor.

Im Tweet stellte Netanyahu fest, daß der Sonntag nicht nur der Tag sei, an dem die neue Regierung ihr Amt antritt, sondern auch der Tag, an dem der Tod des Rebbe, wie ihn seine Anhänger nannten, gedacht wird. Rabbi Menachem Mendel Schneerson war am 12. Juni 1994 verstorben. Die Chabad-Chassidim begehen den Tag als einen Tag der Reflexion, des Lernens, des Gebets, der Erneuerung und des „positiven Handelns“ (Mitzvot).

In dem Tweet zitierte Netanyahu den Rebbe mit den Worten: „Du wirst gegen 119 Leute (d.i. in der Knesset, dem israelischen Parlament) kämpfen müssen, aber du wirst dich davon gewiß nicht beeindrucken lassen, denn Gott ist auf deiner Seite. Segen und Erfolg, Gottes Segen und Erfolg.“

Der Rebbe hatte dies zu Netanyahu im Jahr 1988 gesagt, als er aus den USA nach Israel zurückkehrte, um sich der Likud-Partei anzu-

schließen. Der junge Netanyahu kam dem Rebbe nahe, als er vier Jahre lang als israelischer Botschafter bei den Vereinten Nationen diente. In dieser Zeit freundete sich Netanyahu übrigens auch mit Donald Trump an.

Netanyahu traf den Rebbe erneut im November 1990, und dieser segnete den neu ernannten stellvertretenden Außenminister, bevor er ihn ermahnte, zur Erlösung beizutragen, indem er sagte: „Der Moshiach (Messias) ist noch nicht gekommen. Also mußt du etwas tun, um sein Kommen zu beschleunigen.“ Netanyahu versicherte dem Rebbe: „Wir tun etwas.“

Der Rebbe bemerkte, daß trotz der Bemühungen des jungen Netanyahu der Messias noch nicht gekommen sei. Aber er ermutigte Netanyahu: „Es sind noch ein paar Stunden übrig, also versuche es weiter“, und wies den aufstrebenden Politiker an, dies mit „Freude und Glück“ zu tun.

Netanyahu wird „seine Schlüssel dem Moshiach übergeben“

Rabbi Schneerson verstarb 1994, aber Rabbi David Nachshon, ein enger Freund des israelischen Premierministers Benyamin Netanyahu, der den Dialog von 1988 miterlebt hatte, berichtete, daß der Rebbe zuversichtlich war, daß aus Netanyahus politischen Prüfungen „etwas Großes“ entstehen würde.

„Es schmerzt wirklich, als Freund, als Bruder, als enger Freund zu sehen, wie die Leute ständig Netanyahus Blut vergießen (sic!)“, vertraute Rabbi Schneerson Nachshon an. „Aber ich habe eine Überraschung für dich, er wird da rauskommen und er wird aufrecht stehen, auf Gottes Seite. Er hat eine Zusage vom Rebbe und er wird es durchstehen. Wir haben es bisher gesehen und so wird es auch jetzt sein. Er wird es durchstehen und er wird weitermachen, und ich hoffe, er wird in der Lage sein, seine Schlüssel an den Moshiach (den Messias) zu übergeben, und wir werden die vollständige und wahre Erlösung erleben.“ –

Wir sehen damit einmal mehr, wie tief die falsche Prophetie in Israel reicht. Wo sie sich allerdings mit der Politik neu vermählt, da ist Gefahr im Verzug! Und Netanyahu, der sie auch in seinen Memoiren, die er in der Zeit der Bennett-Lapid-Regierung schrieb, mit Stolz erwähnt, scheint für solche Irreführung besonders empfänglich zu sein, wie wir schon in der Vergan-

genheit berichtet hatten. Denn von Hause aus fühlt er sich „messianisch“ prädestiniert und stieg mit solchem – gefährlichen – Sendungsbewußtsein in die politische Arena. Der gut informierte israelische Journalist Ben Caspit beschrieb das in seiner Netanyahu-Biographie wie folgt, als „Bibi“, in Israel angekommen, das Land für die bevorstehenden Primärwahlen im Likud durchforstete: „Sie reisten im Land in Mietwagen umher, hunderte von Meilen am Tag, von Kundgebungen zu Hausbesuchen bei Anhängern der örtlichen Parteifilialen. Bibi sprach oft in diesen Autos, bis in die frühen Morgenstunden. Er öffnete sich seinen Leuten, wie er es nie zuvor in seinem Leben getan hatte. Er beschrieb das Leben im Haus seines Vaters, sprach über Yoni, über Großvater Nathan Mileikowsky und sogar über seine Großmutter Sara Mileikowsky, **die ein Nachkomme von Raschi war. Laut Tradition, sagte Bibi, wird ein Nachkomme von Raschi eines Tages der Messias sein.** Die Aktivisten im Auto hörten zu und verstanden“ (Caspit, *The Netanyahu Years*, 2017).

Seit den „prophetischen“ Zusagen durch den Lubawitscher Rebbe muß man ihn mithin im Zusammenhang mit dem falschen Messias Bar-Kochba verstehen, der von der damaligen – und bis heute bei den Juden in hohem Ansehen stehenden „Koryphäe“ Rabbi Akiba mit ebensolchen irreführenden phantastischen Zusagen ausgestattet worden war – und das Volk in die größte Katastrophe (und längste Verbannungszeit) seiner Geschichte seit den Tempelzerstörungen führte! Die Parallele ist allzu offenkundig. Und wenig Wunder, daß auch der Lubawitscher Rebbe bis zu seinem Tod dunkle Ahnungen an seine Anhänger versprühte, er selbst werde zuvor noch als der verheißene Messias in Erscheinung treten. Und dies, obschon er keinerlei prophetische Verheißung, wie etwa die Geburt im biblischen Bethlehem laut Micha 5,1f, vorzuweisen hatte, weshalb ihn denn auch unser Glaubensbruder Pülz als erster coram pu-

blico in Israel als „falschen Messias“ entlarvte. Erst danach wagte es auch der greise Rabbi Schach nachzuziehen. Es ist unfäßbar, wie wenig Schriftbewußtsein mithin christliche Anhänger Netanyahus mitbringen, wenn sie die Endzeitwarnungen des wahren Messias Jeschua scheinbar in den Wind schlagen, wonach **„viele werden unter meinem Namen kommen und sagen: Ich bin der Christus! Und sie werden viele verführen.** Ihr werdet aber von Kriegen und Kriegsgerüchten hören. Seht zu, erschreckt nicht! Denn es muß geschehen, aber es ist noch nicht das Ende. Denn es wird sich Nation gegen Nation erheben und Königreich gegen Königreich, und es werden Hungersnöte und Erdbeben da und dort sein. Alles dies aber ist der Anfang der Wehen“ (Matth. 24,5ff).

Netanyahu hat Israel in seine schwierigste Lage manövriert

Der schwierige Zustand Israels – das in einem Mehrfronten-Krieg steckt, im schwersten strategischen Dilemma seiner Geschichte, mit wirtschaftlichem Niedergang, sozialer Polarisierung, erschreckend angestiegenen Lebenshaltungskosten und einer Führungskrise zu



Mächtige Unterstützung – Yehuda Teichtal (r.), Rabbi der Lubawitscher Gemeinde, bei einem Treffen mit Netanyahu 2014.
Foto: crownheights.info

kämpfen hat – bereitet große Sorgen und führt zu einer Suche nach Rettung. Viele blicken auf einige letzte verantwortungsbewußte Knesset-Abgeordnete aus der Koalition, die der Katastrophenregierung ein Ende setzen könnten; andere hoffen, daß die wieder in Gang gekommenen Straßenproteste die Regierung stürzen werden; und wieder andere richten ihren Blick auf den Wirtschaftssektor und den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes, Arnon Bar-David, und erwarten, daß ein Generalstreik endlich den Wechsel der schlechtesten Regierung in der Geschichte des Landes herbeiführt.

Diese Hoffnung beruht darauf, daß es in der Öffentlichkeit einen sehr breiten Konsens darüber gibt, daß diese Regierung abtreten muß – einige sind der Meinung, daß dies erst nach dem Ende des Krieges geschehen sollte, und das ist ein guter Grund für die Regierung, den Krieg zu verlängern. Die Auflösung des Kriegskabinetts nach dem Rücktritt der Minister des „Nationalen Lagers“ um den farblosen Benny Gantz aus der Regierung gilt als ein erstes Signal dafür, daß der Krieg sich dem Ende zuneigt, aber der Ball liegt bei Lage der (technischen) Koalitionsmehrheit noch immer bei Premierminister Benyamin Netanyahu. Er weiß, daß seine Regierungszeit nach dem Krieg enden, eine staatliche Untersuchungskommission eingerichtet werden, und der Wiederaufbauprozeß Israels beginnen muß. Deshalb hat er es nicht eilig.

Aber desto mehr drängt die Wirtschaftslage und fordert Eile, die Armee, die zu verschleißern beginnt und dringend eine Auffrischung benötigt, um die notwendigen Lehren zu ziehen, damit der 7. Oktober sich nie wiederholen kann, und um das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihre Regierung wiederherzustellen. Israel hat wertvolle Zeit seit der Bildung dieser unheilvollen und erfolglosen Regierung verloren, die in allen Bereichen schweren Schaden angerichtet hat, und es sind dringend Maßnahmen erforderlich, um ihrem Wirken ein Ende zu setzen – sonst wird der Niedergang weitergehen.

Darüber herrscht breite Einigkeit, und selbst Gewerkschaftsführer Bar-David äußerte dies im vergangenen Mai mit den folgenden Worten: „Dies ist die schwerste Zeit seit der Staatsgründung. Die Histadrut, zusammen mit anderen bedeutenden Akteuren in der Wirtschaft, arbeitet daran, Proteste zu organisieren, die die Regierung zu Neuwahlen bewegen sollen.

Dies ist der Weg, den ich einschlage.“ Dennoch hat die breite Übereinstimmung bisher weder die Histadrut noch den Wirtschaftssektor zum Handeln bewegt. Daher war man in den Wirtschaftsredaktionen der Medien neulich gespannt, eine offizielle Mitteilung von der Histadrut zu erhalten, die den ernsten Zustand anerkennt und zu konkreten Maßnahmen aufrief. „Wir öffneten die E-Mail voller Spannung und Hoffnung, daß endlich etwas in Bewegung kommt. Die Führung hat endlich erkannt, daß es an der Zeit ist, aktiv zu werden und Israel auf einen neuen Weg zu bringen“, hieß es aus den Redaktionen.

Doch die Überschrift der Nachricht holte die Redakteure schnell in die Realität zurück: „Der soziale Supermarkt der Histadrut startet!“ Es stellte sich heraus, daß die Organisation ein Online-Projekt ins Leben gerufen hat, das es ermöglicht, Produkte wie Zahnpasta, Thunfisch, Spaghetti und Olivenöl zu niedrigeren Preisen zu bestellen. Das Projekt richtet sich aber wohlgerichtet an (zahlende) Mitglieder der Histadrut und es wurden, laut Bar-David, 20 Millionen Schekel (rund 5 Millionen Euro) investiert. Er erkannte gut, daß es sich um eine in allen Bereichen gescheiterte Regierung handelt – Sicherheit, Außenpolitik, Wirtschaft, Soziales – und entschied sich zu handeln: indem er den Histadrut-Mitgliedern Olivenöl 750 ml für 29 Schekel anbietet – statt des Durchschnittspreises von 32,9 Schekel; und vier Dosen Thunfisch in Öl 140 g für 12,9 Schekel – statt des Durchschnittspreises von 21,9 Schekel. Dies ist Bar-Davids Antwort auf die Führungs- und Existenzkrise, in der Israel steckt – Zahnpasta und Thunfischstücke, statt der Regierung endlich die Zähne der Gewerkschaft zu zeigen.

„Die Lebenshaltungskosten sind hier durch die kriegsbedingten logistischen Engpässe und Verknappungen wirklich erschreckend angestiegen, und wir wollen niemanden herabwürdigen, der den Warenkorb seiner Mitglieder günstiger macht (wir verzeihen auch den Beitrag der Histadrut zur Verteuerung des Warenkorbs), aber es fällt schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß sämtliche mächtigen Akteure in der Wirtschaft, die über die Macht verfügen, Prozesse zugunsten des Landes anzustoßen, sich in Israels schwerster Stunde nicht für das einsetzen, was die Mehrheit seiner Bürger will. Vielmehr verhalten sie sich opportunistisch, was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet



Aufbruch ins Ungewisse – Ihren ganzen Besitz hat diese palästinensische Familie auf ihrem Gefährt verstaut, bevor sie Rafah verließ.

scheint, daß man den eingezogenen (und täglich einen Blutzoll entrichtenden) Söhnen nicht in den Rücken fallen möchte“, so Sami Peretz von „The Marker-HAARETZ“ (vom 21.6.24).

Vielleicht kommen sie ja am Ende des Weges, aber in der Zwischenzeit werfen sie sich nicht in die Bresche. Das überlassen sie den Hunderttausenden von Demonstranten, die jeden Samstag – und in vergangenen Wochen sogar täglich – auf die Straße gehen, um Veränderungen herbeizuführen; etwas in Bewegung zu setzen. Die Plünderung der öffentlichen Ressourcen, die Zersetzung der israelischen Polizei, das schlechte Wirtschaften, die sektorialen Interessen, die Abwälzung und Übertragung der Verantwortung von der Regierung auf das Militär, die mangelnde Übernahme der Verantwortung für das Versagen zu stoppen – und die Rückführung der Geiseln und Vertriebenen nach Hause sowie die Einberufung der Ultraorthodoxen, die das Militär wie Luft zum Atmen braucht, voranzutreiben.

All jene, die vorgeben, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen, einschließlich Bar-David und dem „Wirtschaftsforum“ mit Zig-Professoren, begnügen sich mit Erklärungen.

Sie krempeln ihre Ärmel nicht hoch – und werden es auch nicht tun. Das Blut, den Schweiß und die Tränen investieren die Demonstranten. Die Geschäftsleute werden Rundbriefe und Deklarationen unterzeichnen, aber gleichzeitig die Preise weiter erhöhen. Die Histadrut wird beeindruckende Erklärungen abgeben, sich aber darauf beschränken, ihren Mitgliedern Rabatte auf Spaghetti und Thunfisch zu verschaffen.

Und diese skandalöse Passivität tritt gerade zu einer Zeit auf, in der in der Koalition des 7. Oktober erste Risse sichtbar werden, die zeigen, daß sie nicht so einheitlich und betonfest ist, wie sie sich gibt. Die Reihe von Mißerfolgen bringt sie ihrem Ende näher – was ihre Mitglieder dazu drängt, bis zum letzten Moment zu plündern, was zu plündern möglich ist, wie diese Woche Arie Deri, der Vorsitzende der „Schas“-Partei, demonstrierte, als er versuchte, ein Gesetz zur Schaffung von rund 600 neuen Stellen für Rabbiner in Städten voranzutreiben, dem so genannten „Rabbinergesetz“.

Verteidigungsminister Yoav Gallant war der erste, der vor dieser Richtung warnte, in die die Regierung mit ihrer „Justizreform“ steuerte – er wurde daraufhin von Netanyahu im vergange-



Beharrlicher Protest
 Nach der Entscheidung
 in Den Haag rückte
 Israel zwar zusammen.
 Dennoch demonstrieren
 Tausende auf Tel Avivs
 Straßen gegen
 Benjamin Netanjahu

nen Jahr entlassen und nach dem „Gallant-Nachtprotest“ wieder eingesetzt. Er war auch der einzige, der gegen die Übernahme des Wehrdienstgesetzes stimmte, das breite Ausnahmeregelungen für ultraorthodoxe Juden zur Freistellung vom Militärdienst vorsieht. Diese Woche zeigten auch die Knesset-Abgeordneten Tali Gottlieb und Mosche Saada von der Regierungspartei „Likud“ sowie einige Bürgermeister der Partei etwas Unabhängigkeit und Integrität – und kündigten ihren Widerstand gegen das vom ohnehin schon vorbestraften Arie Deri vorangetriebene korrupte „Rabbinergesetz“ an und zwangen Netanyahu, den Vorschlag vorerst auf Eis zu legen. Auch der Abgeordnete Eliyahu Revivo sagte für einmal die Wahrheit, die über das übliche Protokoll hinausging, als er diese Woche zugab, daß „diese Regierung keine Erfolge vorzuweisen hat“.

Interessant ist, daß der Abscheu vor den verschlagenen Methoden von Netanyahu und Deri gerade von den Junior-Abgeordneten der Koalition und den Bürgermeistern, also der „Basis“, kommt und nicht von denen, die als führend, vernünftig oder liberal in der Likud-Partei gelten – zum Beispiel Nir Barkat, Israel Katz, Avi Dichter und Yuli Edelstein. Alle Augen waren seit

Beginn der Justizreform auf sie gerichtet, aber sie erwiesen sich als rückgratlos, bereit, jeden ethischen Wert zu verkaufen, um als potenzielle Kandidaten für die Nachfolge von Netanyahu zu überleben. Es könnte sein, daß auch Bar-David so geartet ist. Theoretisch erlaubt ihm seine unabhängige Stellung, kritischer gegenüber der Regierung aufzutreten, aber in der Praxis macht ihn die starke Verbindung der Gewerkschaften in der Histadrut mit der Likud-Partei ebenfalls zu deren Gefangenen.

Die Schlußfolgerung scheint daher klar zu sein: Diese Regierung muß von unten gestürzt werden. Oben gibt es zu viele zynische Opportunisten ohne Werte. Unten steht die Öffentlichkeit, die versteht, welchen Wertverlust Israel unter dieser Regierung erlebt, und was auf dem Spiel steht. Und dazu zählen auch einige Abgeordnete der Koalition, die wissen, daß ihre Chancen auf eine Wiederwahl aufgrund der Korruption und dem Versagen der Regierung schwinden – weshalb sie beginnen, die Wahrheit über sie zu sagen.

Für das gewalttätige, zynische und destruktive Verhalten der Netanyahu-Regierung während des Krieges gibt es zwei widersprüchliche Erklärungen. Einerseits: Die Regierung setzt

die Justizreform mit aller Kraft fort, schwächt die staatlichen Institutionen – vom Obersten Gerichtshof über das Militär und die Polizei bis hin zur Fachverwaltung im Finanzministerium – und hat vor, alles zu tun, um das Gepräge des demokratischen Staates zu verändern. Andererseits: Es sind die letzten Züge einer Katastrophenregierung, und weil alle Beteiligten sich darüber im klaren sind, versuchen sie, bis zum letzten Moment alles zu plündern, was möglich ist: Posten, Gesetze, Wehrdienstverweigerung, feindliche Übernahme der Polizei, Budgets und vollendete Fakten vor Ort zu schaffen, weil bald eine andere Regierung kommen wird, die dem allem ein Ende setzt. Für die breite Öffentlichkeit, die bereits den Regierungswechsel herbeisehnt, besteht darin kein Widerspruch, zumal die Schlussfolgerung nur eine sein kann: Dieser Regierung muß schnellstmöglich ein Ende bereitet werden, denn jeder weitere Tag bringt so nur noch mehr Zerstörung auf allen Ebenen.

Netanyahus Nemesis in Gestalt Sinwars

Eine neulich publizierte Korrespondenz von Yahya Sinwar mit seinen Landsleuten und Vermittlern zeigt, daß er überzeugt ist, daß die Chamas Israel auszusteichen vermag (siehe in „Wall Street Journal“ vom 10.6.24).

Seit Monaten hat Yahya Sinwar dem Druck widerstanden, mit Israel einen Waffenstillstand und Geiselaustausch zu vereinbaren. Hinter seiner Entscheidung steht, wie Nachrichten zeigen, die der Chamas-Militärführer im Gaza-Streifen an Vermittler gesendet hat, die Berechnung, daß mehr Kämpfe und mehr palästinensische Zivilistenopfer zu seinem Vorteil wirken.

„Wir haben die Israelis genau da, wo wir sie haben wollen“, sagte Sinwar in einer kürzlich gesendeten Nachricht an Chamas-Funktionäre, die versucht hatten, eine Vereinbarung mit qatarischen und ägyptischen Regierungsstellen zu vermitteln.

Die Kämpfe zwischen israelischen Streitkräften und Chamas-Einheiten im Süden des Gaza-Streifens haben die humanitären Hilfslieferungen wiederholt unterbrochen, zu steigenden zivilen Opfern geführt und die internationale Kritik an Israels Bemühungen zur Auslöschung der islamistischen Extremistengruppe verstärkt.

Für einen Großteil von Sinwars politischem Leben, das durch blutige Konflikte mit dem

israelischen Staat geprägt ist, dem er jedes Existenzrecht abspricht, hielt er sich an ein einfaches Drehbuch: In die Enge getrieben, sucht er nach Gewalt als Ausweg. Der aktuelle Kampf im Gaza-Streifen ist insofern keine Ausnahme.

In Dutzenden von Nachrichten, die vom „Wall Street Journal“ überprüft wurden, die Sinwar an Waffenstillstandsunterhändler, Chamas-Kameraden außerhalb des Gaza-Streifens und andere mehr gesendet hat, zeigt er eine kalte Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben und macht deutlich, daß er davon ausgeht, Israel habe durch den Krieg mehr zu verlieren als die Chamas. Die Nachrichten wurden von mehreren Personen mit unterschiedlichen Ansichten zu Sinwar geteilt und müssen mithin als authentisch angesehen werden.

Laut Angaben der Terrororganisation sollen mehr als 37 Tausend Menschen seit Kriegsbeginn im Gaza-Streifen getötet worden sein, die meisten von ihnen Zivilisten. **Die Zahl gibt allerdings nicht an, wie viele von ihnen Kombattanten waren und wurde von UNO-Behörden neulich um rund ein Drittel (besonders was Frauen und Kinder angeht) nach unten korrigiert, nachdem der „Schätzwert“ auf bislang identifizierte Opfer festgelegt wurde.** So verkündeten Gesundheitsbehörden gleich, fast 300 Palästinenser seien am Samstag bei einem israelischen Angriff getötet worden, der vier israelische Geiseln befreite, die in Häusern gehalten wurden, die von Zivilisten umgeben waren – was einigen die Rolle der sogenannten „Zivilbevölkerung“, die ja „unbeteiligt“ sein soll, als Schachfiguren der Chamas verdeutlichte. Im Falle Noah Argamanis handelte es sich um das Haus eines Al-Djazeera-Korrespondenten und dessen Vater ein Arzt (!) und Chamas-Funktionär war, die beide bei dem Angriff ums Leben kamen – keine „unbeteiligten Zivilisten“ mithin.

In einer Nachricht an Chamas-Führer in Doha verwies Sinwar wie viele seiner Streitgenossen auf zivile Verluste in nationalen Befreiungskonflikten an Orten wie Algerien, wo Hunderttausende Menschen im Kampf um die Unabhängigkeit von Frankreich starben, und sagte: **„Dies sind notwendige Opfer.“**

In einem Brief vom 11. April an den Chamas-Politikführer Ismail Haniyeh, nachdem drei erwachsene Söhne Haniyehs bei einem israelischen Luftangriff getötet worden waren, schrieb Sinwar, daß ihr Tod und der anderer

Palästinenser „Leben in die Adern dieser Nation pumpen und sie dazu bringen würde, zu ihrer Herrlichkeit und Ehre aufzusteigen.“

Sinwar ist nicht der erste palästinensische Führer, der Blutvergießen als Mittel zum Druck auf Israel einsetzt. Aber das Ausmaß des Kollateralschadens in diesem Krieg – getötete Zivilisten und verursachte Zerstörung – ist beispiellos selbst zwischen Israelis und Palästinensern.

Trotz Israels heftiger Bemühungen, auch ihn selbst zu töten, hat Sinwar bislang überlebt und den Kriegsaufwand der Chamas mikro-managed, Briefe entworfen, Nachrichten an Waffenstillstandsunterhändler gesendet und entschieden, wann die von den USA als terroristisch eingestufte Gruppe ihre Angriffe intensiviert oder zurückfährt.

Sein ultimatives Ziel scheint es zu sein, einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen, der es der Chamas ermöglicht, einen historischen Sieg zu verkünden, indem sie Israel überdauert und die Führung der palästinensischen nationalen Sache beansprucht.

Präsident Biden versucht, Israel und die Chamas dazu zu zwingen, den Krieg zu beenden. Aber der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu ist dagegen, den Kampf vor dem, was er als „totalen Sieg“ über die Hamas bezeichnet, dauerhaft zu beenden, nicht zuletzt wegen der wahrscheinlich verheerenden – negativen – Signalwirkung unter Israels Feinden in der Region, die dadurch Blut lecken und Israels Schwäche weiter ausnutzen könnten.

Selbst ohne einen dauerhaften Waffenstillstand glaubt Sinwar, daß Netanyahu nur wenige Optionen hat, außer Gaza zu besetzen und sich monatelang oder jahrelang in einem von der Chamas geführten Guerilla-Krieg zu verstricken.

Es ist ein Ergebnis, das Sinwar vor sechs Jahren voraussah, als er zum ersten Mal Führer im Gaza-Streifen wurde. Die Chamas könnte einen Krieg mit Israel verlieren, aber dies würde eine israelische Besetzung von mehr als zwei Millionen Palästinensern verursachen.

„Für Netanyahu wäre ein Sieg noch schlimmer als eine Niederlage“, sagte Sinwar 2018 einem italienischen Journalisten, der damals für die israelische Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“ schrieb.

Sinwar, heute Anfang 60, war ungefähr 5 Jahre alt, als der Krieg von 1967 ihm seine erste Erfahrung mit bedeutender Gewalt zwischen Is-

raelis und Arabern brachte. Jener kurze Kampf ordnete den Nahen Osten neu. Israel übernahm die Kontrolle über die Golanhöhen von Syrien und das Westjordanland von Jordanien. Es eroberte auch die Sinai-Halbinsel von Ägypten sowie den Gaza-Streifen, wo Sinwar in einem von den Vereinten Nationen geführten Flüchtlingslager aufwuchs.

Der Konflikt war eine ständige Präsenz. Sinwar veröffentlichte 2004 einen Roman, während er im israelischen Gefängnis war, und schrieb im Vorwort, daß er auf seinen eigenen Erfahrungen basiere. In dem Buch gräbt ein Vater während des Krieges von 1967 ein tiefes Loch im Hof des Flüchtlingslagers und bedeckt es mit Holz und Metall, um einen Schutzraum zu schaffen.

Ein junger Sohn wartet mit seiner Familie in dem Loch, weint und hört die Geräusche der Explosionen, die lauter werden, als sich die israelische Armee nähert. Der Junge versucht herauszuklettern, nur um seine Mutter schreien zu hören: „Es ist Krieg da draußen! Weißt du nicht, was Krieg bedeutet?“

Sinwar trat in den 1980er Jahren der Bewegung bei, die schließlich zur Chamas wurde, wurde ein Vertrauter des Gründers, Sheikh Ahmed Yassin, und gründete bald schon eine interne Sicherheitsbehörde, die verdächtige Informanten jagte und tötete, wie aus dem Protokoll seines Geständnisses vor israelischen Vernehmungsbeamten im Jahr 1988 hervorgeht.

Er erhielt mehrere lebenslange Haftstrafen wegen Mordes und verbrachte 22 Jahre im Gefängnis, bevor er 2011 zusammen mit tausend anderen Palästinensern im Austausch für den israelischen Soldaten Gilad Shalit freigelassen wurde.

Während der Verhandlungen zwischen Israel und der Chamas über den Shalit-Tausch war Sinwar maßgeblich daran beteiligt, die Freiheit von Palästinensern zu fordern, die wegen Mordes an Israelis inhaftiert waren.

Er wollte sogar diejenigen freilassen, die an Bombenanschlägen beteiligt waren, bei denen viele Israelis getötet wurden, und war in seinen maximalen Forderungen so weit gegangen, daß Israel ihn in Einzelhaft nahm, damit er den Fortschritt bei den Verhandlungen nicht störte.

Als er 2017 Führer der Hamas im Gaza-Streifen wurde, war Gewalt ein ständiges Element in seinem Repertoire. Die Chamas hatte ein Jahrzehnt zuvor in einem brutal und blutig ge-

fürten Konflikt die Kontrolle über Gaza von der Palästinensischen Autonomiebehörde übernommen, und während Sinwar früh in seiner Amtszeit versuchte, die Chamas mit anderen palästinensischen Fraktionen zu versöhnen, warnte er, daß er „jedem den Hals brechen würde“, der sich ihm in den Weg stelle.

2018 unterstützte Sinwar wöchentliche Proteste am Zaun zwischen dem Gaza-Streifen und israelischem Territorium. Aus Angst vor einem Durchbruch in der Barriere schoß das israelische Militär auf Palästinenser und Unruhestifter, die zu nahe kamen. Dies war alles Teil des Plans, Israel an solche Drohgebärde zu „gewöhnen“ und – militärisch einzulullen.

„Wir schaffen Schlagzeilen nur mit Blut“, sagte Sinwar in dem Interview damals mit besagtem italienischen Journalisten. „Kein Blut, keine Nachrichten.“

2021 schienen die Versöhnungsgespräche zwischen der Chamas und palästinensischen

Fraktionen in Richtung Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für die Palästinensische Autonomiebehörde zu verlaufen, – die ersten seit 15 Jahren. Doch im letzten Moment sagte der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas („Abu Mazen“), die Wahlen ab. Mit dem geschlossenen politischen Weg wandte sich Sinwar Tage später dem Blutvergießen zu, um den Status quo zu brechen, und feuerte Raketen auf Jerusalem ab, während Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern in der Stadt herrschten. Der darauf folgende elftägige Konflikt tötete 242 Palästinenser und 12 Menschen in Israel.

Israelische Luftangriffe verursachten solche Schäden, daß israelische Regierungsstellen davon ausgingen, Sinwar würde künftig nun abgeschreckt sein, erneut Israelis anzugreifen.

Aber das Gegenteil geschah: und dieselben israelischen Regierungsstellen gehen nun davon aus, daß Sinwar damals begann, die An-



Junge Araberinnen halten in Frankfurt/M. Plakate mit Aufschriften: „Vom Fluß (gemeint ist der Jordan) bis zum Meer“ ist palästinensisches Gebiet. Dies bedeutet die Auslöschung des israelischen Staates.



Der norwegische Außenminister Espen Barth Eide befürwortet eine Zweistaatenlösung für Israel und Palästina. Foto: dpa

griffe vom 7. Oktober zu planen. Ein Ziel war es, die Lähmung bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu beenden und seine globale diplomatische Bedeutung wiederzubeleben, sagten arabische und Chamas-Beamte, die mit Sinwars Denkweise vertraut sind.

Die israelische Verwaltung von Judäa und Samarien hatte mehr als ein halbes Jahrhundert angedauert, und Netanyahus rechtsgerichtete Koalitionspartner sprachen nun offen über die Annexion von Land im Westjordanland, das die Palästinenser für einen zukünftigen Staat für sich beanspruchen. Hinzu kam, daß Saudi-Arabien, einst ein Verfechter der palästinensischen Sache, sich für Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen zu Israel bereit erklärte.

Obwohl Sinwar die Angriffe vom 7. Oktober geplant und genehmigt hatte, geht aus frühen Nachrichten an Waffenstillstandsunterhändler hervor, daß er selbst vom „Erfolg“ des Einfalls und vom Ausmaß der massenhaft angewandten Brutalität des bewaffneten Flügels der Chamas sowie anderer Palästinenser überrascht wurde und davon, wie leicht sie auch zivile Gräueltaten begingen. So „groß“ war der Erfolg, daß „die Dinge außer Kontrolle gerieten“, wie Sinwar in einer seiner Nachrichten sagte und sich dabei auf Banden bezog, die zivile Frauen und Kinder als Geiseln nahmen. „Die Leute wurden davon mitgerissen, und das hätte nicht passieren dürfen.“

Dies wurde zu einem Argument der Chamas, um die zivile Opferzahl vom 7. Oktober wegzuerklären und die eigene Verantwortung zu verwässern.

Früh im Krieg konzentrierte sich Sinwar darauf, die Geiseln als „Verhandlungsmasse“ zu

nutzen, um eine israelische Bodenoperation im Gaza-Streifen zu verzögern. Einen Tag, nachdem israelische Soldaten in den Streifen eingedrungen waren, sagte Sinwar, die Chamas sei bereit für einen sofortigen Deal, um ihre Geiseln gegen die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen in Israel zu tauschen.

Aber Sinwar hatte die israelische Reaktion auf den 7. Oktober falsch eingeschätzt. Netanyahu erklärte, daß Israel die Chamas zerstören werde und daß der einzige Weg, die Gruppe zur Freilassung der Geiseln zu zwingen, militärischer Druck sei.

Sinwar scheint auch die Unterstützung, die Iran und die libanesische Miliz Hisb-Allah zu bieten bereit waren, falsch eingeschätzt zu haben.

Als der Chamas-Politikchef Haniyeh und dessen Stellvertreter Saleh al-Arouri im November nach Teheran reisten, um sich mit dem iranischen Obersten Führer Ayatollah Ali Khamenei zu treffen, wurde ihnen mitgeteilt, daß Teheran die Chamas unterstütze, aber nicht weiter in den Konflikt eingreifen werde.

„Er wurde teilweise von ihnen in die Irre geführt und teilweise hat er sich selbst in die Irre führen lassen“, meint Ehud Yaari, ein israelischer Kommentator, der Sinwar seit seinen Tagen im israelischen Gefängnis kennt. „Er war extrem enttäuscht.“

Im November begann sich die politische Führung der Chamas privat von Sinwar zu distanzieren und sagte, er habe die Angriffe vom 7. Oktober ohne deren Wissen gestartet, so arabische Beamte, die mit der Chamas sprachen.

Ende November einigten sich Israel und die Chamas auf einen Waffenstillstand und die Freilassung einiger Geiseln, die von den Militanten gehalten wurden. Aber das Abkommen brach nach einer Woche zusammen.

Während die israelische Armee schnell die militärischen Strukturen der Chamas demonitierte, begann die politische Führung der Gruppe Anfang Dezember, andere palästinensische Fraktionen zu treffen, um über Versöhnung und einen Nachkriegsplan zu diskutieren. Sinwar, d.i. die militärische Führung, wurde nicht konsultiert.

Sinwar kritisierte in einer Nachricht an die politischen Führer deren Vorgehen prompt als „beschämend und empörend“. – „Solange Kämpfer noch stehen und wir den Krieg nicht

verloren haben, sollten solche Kontakte sofort beendet werden“, meinte er. „Wir haben die Kapazitäten, monatelang weiter zu kämpfen.“

Am 2. Januar wurde Arouri bei einem mutmaßlichen israelischen Angriff in Beirut getötet, und Sinwar begann, seine Kommunikationsweise zu ändern, sagten arabische Beamte. Er nutzte Pseudonyme und übermittelte Nachrichten nur über eine Handvoll vertrauenswürdiger Helfer und über Codes, wechselte zwischen Audio, mündlich übermittelten Nachrichten an Vermittler und schriftlichen Nachrichten, sagten sie.

Trotzdem zeigen seine Mitteilungen, daß er zu spüren begann, daß sich die Dinge zugunsten der Chamas wendeten.

Ende des Monats hatte der militärische Vormarsch Israels zu einem zermürbenden Kampf in der Stadt Khan Yunis, Sinwars Heimatstadt, geführt und wurde verlangsamt. Israel begann, mehr Soldaten zu verlieren. Am 23. Januar wurden etwa zwei Dutzend israelische Soldaten in Zentral- und Südgaza getötet, der tödlichste Tag der Invasion für das Militär.

Arabische Vermittler beeilten sich, die Gespräche über einen Waffenstillstand zu beschleunigen, und am 19. Februar setzte Israel eine Frist bis Ramadan – einen Monat später – für die Chamas, um die Geiseln herauszugeben oder sich einer Bodenoffensive in Rafah zu stellen, die israelische Beamte als letzte Bastion der Militantengruppe beschrieben.

In einer Nachricht forderte Sinwar seine Kameraden in der politischen Führung der Chamas außerhalb des Gaza-Streifens auf, keinerlei weitere Zugeständnisse zu machen und stattdessen auf ein permanentes Ende des Krieges zu drängen. Hohe zivile Opferzahlen würden weltweiten Druck auf Israel ausüben, meinte er nicht zu Unrecht. Der bewaffnete Flügel der Gruppe sei bereit für den Ansturm, sagten Sinwars Nachrichten.

„Israels Reise in Rafah wird kein Spaziergang im Park sein“, so Sinwar in einer Nachricht an die Chamas-Führer in Doha.

Differenzen unter den israelischen Kriegsführern traten öffentlich zutage, als Netanyahu keinen Plan für die Nachkriegsverwaltung des Gaza-Streifens darlegen konnte, und sein Verteidigungsminister Yoav Gallant privat vor einer erneuten Besetzung des Streifens warnte. Die Israelis nahmen besorgt zur Kenntnis, daß das Land den Krieg so verlieren könnte.

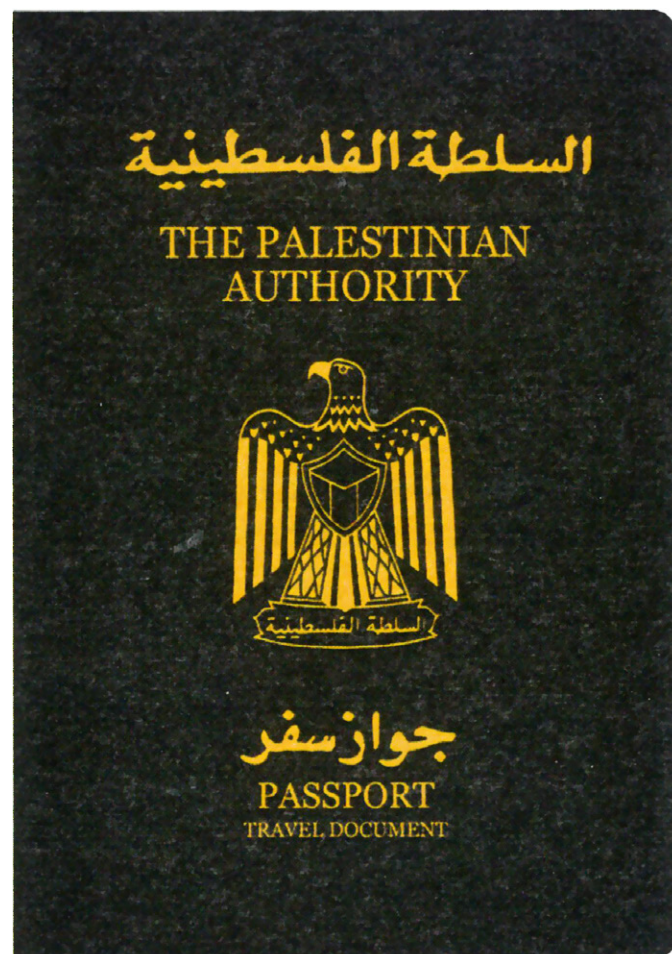
Im Mai drohte Israel erneut, Rafah anzugreifen, wenn die Waffenstillstandsgespräche ins Stocken gerieten, was die Chamas als rein taktischen Verhandlungszug ansah.

Netanyahu wiederholte, Israel müsse in Rafah einmarschieren, um die militärische Struktur der Chamas dort zu zerstören und den Schmuggel aus Ägypten zu unterbinden.

Sinwars Antwort: Die Chamas griff am 5. Mai den Kerem Shalom-Übergang an und tötete vier Soldaten. Chamas-Funktionäre außerhalb des Gaza-Streifens begannen, Sinwars selbstbewußte Haltung zu übernehmen.

Israel hat seitdem seine Rafah-Operation gestartet. Aber wie von Sinwar in Rechnung gestellt, hat dies mehr humanitäre und diplomatische Kosten verursacht als strategischen Nutzen gebracht. Sinwars Nachrichten zeigen unterdessen, daß er bereit ist, im Kampf zu sterben.

In einer jüngsten Nachricht an Verbündete verglich der Chamas-Führer den Krieg mit einer Schlacht im 7. Jahrhundert in Karbala, Irak, bei der der umstrittene Enkel des Propheten Muhammad zu Tode gekommen war.



Die meisten Länder akzeptieren den palästinensischen Pass als Reisedokument – ob schon dieser Staat gar nicht existiert.



Benny Gantz, ein zentrales Mitglied des dreiköpfigen israelischen Kriegskabinetts, gibt eine Erklärung ab. Wegen Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft des Gazastreifens verlässt der Minister die Notstandsregierung. **Foto: dpa**

„Wir müssen auf dem gleichen Weg weitermachen, den wir begonnen haben“, schrieb Sinwar. „Oder es soll ein neues Karbala werden.“

Diadochenkämpfe statt notwendige Maßnahmen in Israels Politik

Anstatt sich nun also dringend umzubesinnen und die notwendigen Maßnahmen endlich zu ergreifen, um längst anstehende Reformen einzuleiten, wie etwa die allgemeine und orthodoxe Jugendliche einbegreifende Wehrpflicht oder einheitliche Lehrcurricula und dergleichen, ist in den Rängen des Parlaments längst der Streit um die Nachfolge Netanyahus ausgebrochen.

Jüngstes Beispiel: Seit sieben Jahren gibt es in Ashkelon keinen amtierenden Stadtrabbiner. Es steht zu viel auf dem Spiel, weshalb sich zu viele in die Neubesetzung des Postens einmischen, der die „religiösen Dienste“ dort leiten wird, einschließlich der Verwaltung der beträchtlichen Budgets für Koscher-Zertifikate. Die Bildung der aktuellen Regierung hat den Wettbewerb nur verschärft.

Arieh Deri möchte Ja'akov Avitan, den ehemaligen Religionsminister, einsetzen. Er war es, der das Amt im staatlichen Untersuchungsausschuss zur Meron-Katastrophe übernahm („Deri hat mich nie beeinflusst“) und berichtete, daß sein Handy-Speicher gelöscht wurde („ein wunderbares Ereignis“). Bei der Massenpanik waren Ende April des Jahres 2021 anlässlich des orthodoxen Lag-Ba'omer-Festes mindestens 45 Tote und 150 Verletzte, die meisten davon schwer, zu beklagen – sämtlich ultraorthodoxe Juden. Es war die bislang größte zivile Katastrophe, die in der Geschichte Israels zu beklagen war und für die Premier Netanyahu sowie sein Vertrauensmann Deri direkte Mitverantwortung trugen; dazu kam am 7. Oktober nun die größte militärische Katastrophe unter denselben politischen Verantwortlichen, die noch immer nicht geschaßt wurden.

Gegen Deri steht Bürgermeister Tomer Glam, der seine Ernennung seinem Schirmherrn, Rabbiner Yitzhak Berda, verdankt. Letzterer ist mit der „Schas“-Partei unter Deri zerstritten und hat sich daher mit Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir verbündet. Es handelt sich um einen

Konflikt zwischen Sephardim und religiösen Zionisten.

Also machte sich Glam auf den Weg zur Knesset. „Ihr solltet euch schämen! Ich kratze ein paar Schekel zusammen, um das Jahr zu überstehen – und jetzt soll ich auch noch Jobs finanzieren?“, rügte er die Abgeordneten. „Ist das der richtige Zeitpunkt, um dieses dumme Gesetz zur Auflösung der Knesset einzubringen?!“, schrie er und scheute nicht vor Drohungen zurück.

„Wer jetzt diesem Gesetz zustimmt, wird bei der nächsten Wahl nicht wieder Abgeordneter sein“, richtete Glam seine Worte an die Likud-Abgeordneten, neben ihm saßen zwei weitere „Diamanten“ der Wählerbasis, Chaim Bibas (Bürgermeister von Modi'in) und Beni Biton (Dimona). „Du wirst kein Abgeordneter mehr sein!“, brüllte er in Richtung des Abgeordneten Amit Halevi (Likud). Dieser wechselte die Farbe im Gesicht und schickte einen Boten zu Glam, um nach seiner Telefonnummer für weitere Erklärungen zu bitten.

In 43 Städten fehlen derzeit fest angestellte lokale Rabbiner. In einigen Fällen liegt der Grund im Streit mit Deri. Nicht jede Stadt will nämlich der „Schas“-Partei Einfluß gewähren – und hier liegt der Hund begraben. Der Nutzen des lokalen Rabbinats liegt nicht nur in den Jobs, **sondern im Aufbau eines Mechanismus zur Mitgliederwerbung.** So wird eine Machtbasis geschaffen.

Die religiösen Räte sind Vorposten im Kampf um die Zielgruppe, quasi Agenturen, die die Partei im Hintergrund unterstützen. Sie rekrutieren Mitglieder, pflegen Beziehungen, verbreiten Propaganda, leiten Informationen weiter, nutzen ihren politischen Einfluß – **und das alles voll finanziert aus öffentlichen Mitteln (von den Grundsteuerzahlern) und gesetzlich abgesichert (nach dem neuen Gesetz hat der Bürgermeister keine Befugnis, einen Rabbi zu entlassen, der bis zum Alter von 75 Jahren im Amt bleibt).**

Nachdem dem vorbestraften Arie Deri verboten wurde, als Minister zu dienen, scheint er es nun also gleich auf das Amt des Premierministers abgesehen zu haben. Daher muß er die Macht der „Schas“-Partei dramatisch stärken und das seltene Zeitfenster nutzen, in dem der Likud Mandate verliert. Dafür braucht er bezahlte Aktivisten, ein gut geöltes Netzwerk – und die religiösen Räte bieten ihm finanzierte Immobilien und Personal. Und sein Vorgehen

trägt nicht zufällig vergleichbare Züge zu dem der Muslimbrüder auf der Gegenseite.

Deris Plan war daher aggressiv und umfassend. Statt eines Rabbiners sollten gleich zwei ernannt werden (ein Sephardischer und ein Aschkenasischer). Unbegrenzte (!) Ernennung von Stadtteilrabbinern. All dies würde die „Schas“-Partei in den Städten nach Deris Ermessen besetzen. Die Kosten würden von den Grundsteuern getragen (um nicht auf den Staatshaushalt angewiesen zu sein).

Seine Reaktion auf das Zögern war geradezu gewaltsam, weil er keine andere Wahl hat. Er wird mit dem Rabbinergesetz in die Wahlen gehen – weil er das Gesetz braucht, um in die Wahlen zu gehen.

Einige Krümel warf er Smotrich zu, vermutlich im Rahmen eines Deals. Deri wird dafür sorgen, daß in rein religiös-zionistischen, aschkenasischen Siedlungen Rabbiner aus dessen Lager eingesetzt werden. Smotrich wird Deri im Gegenzug die Ernennung des sephardischen Oberrabbiners überlassen, während Simcha Rothman, Vorsitzender des Verfassungsausschusses, das Rabbinergesetz für ihn durchwinken wird. Aber Deri ist nicht der Einzige, der sich für die Zeit nach Netanyahu wappnet.

Ein weiterer, der sich nicht nur als Erbe von Benjamin Netanyahu, sondern auch des Likud sieht und ebenfalls mit einer Vision zur Führung der Rechten ausgestattet ist, ist Itamar Ben-Gvir. Er stützt sich auf ein festes Wählerpotential von 14 Mandaten, noch bevor er eine Kampagne gestartet hat, um die Weichheit des „Likud“ unter Premier Netanyahu im Krieg zu verspotten.

Ben-Gvir hat die Absichten von Deris Gesetz genau durchschaut. „Ich weiß nicht, was Smotrich und Rothman sich dabei gedacht haben... Das Gesetz gibt dem Religionsminister von Schas fast uneingeschränkte Befugnisse, jeden Stadtrabbiner zu ernennen, den sie wollen – ohne daß jemand dagegen Widerspruch einlegen kann“, empörte sich Ben-Gvirs Minister für das „Nationale Erbe“, Amichai Eliyahu.

Die letzten Kommunalwahlen waren die Feuerprobe für die „Otzma Yehudit“-Partei Ben-Gvirs, die in mehr als 40 Gemeinden antrat. Das „Rabbinergesetz“ Deris stellt eine direkte Bedrohung für Ben-Gvirs Pläne dar. „Korruption vom Feinsten“, „Augenwischerei“ und weitere Superlative schüttete Eliyahu über den „Verrat der Smotrich-Anhänger“ aus.

„Schas“ blieb nicht still. Dort behauptete man, Ben-Gvir würde dem Gesetz nämlich auch zustimmen, wenn der besorgte Minister-vater, Rabbiner Shmuel Eliyahu, zum Oberrabbiner von Jerusalem ernannt würde – und der Bruder Ariel zum Rabbiner von Gedera.

Ob das wahr ist oder nicht, es sollte nicht überraschen. Wenn Smotrich eine Belohnung erhält, wird Ben-Gvir mehr verlangen, und wenn Ben-Gvir dagegen ist, bedeutet das, daß er nicht genug bekommen hat.

Das „Rabbinergesetz“ ist also ein Kapitel im Erbschaftsstreit. Nicht um Netanyahus Sitz, sondern um die Führung des rechten Lagers. „So verhalten sich Haie, die Blut riechen – und weite Strecken schwimmen. Wer niedrig zielt, wird nicht hoch hinauskommen“, wie Avi Bar-Eli von „The Marker-HAARETZ“ kommentiert (21.6.24).

Sowohl „Schas“ als auch Ben-Gvir haben ideologische Unterstützer in der Regierungspartei (Likud). Etwa ein Drittel der Likud-Mitglieder sind nicht politisch in der Partei „groß geworden“, sondern wurden von Interessengruppen oder vom einflußreichen Sohnemann Yair Netanyahu auf die Liste gesetzt. Warum sollte der Wähler sich mit einem blassen Abbild des Originals begnügen? Die echte Alternative muß ihm schon bald angeboten werden.

Denn es könnte eine Frage von Tagen werden, wenn das Urteil des Obersten Gerichtshofs zur Wehrpflicht der Charedim (Ultraorthodoxen) die Karten aggressiv, sofort und umfassend neu mischt. Es könnte aber auch weitere 18 Monate dauern – dann könnte die Likud-Konferenz, zum ersten Mal seit 12 Jahren, zusammentreten, um die Zusammensetzung der Institutionen zu ändern und die Kontrolle der alten Garde über die Partei in Frage zu stellen.

Im Szenario einer Erneuerung der Reihen im Likud-Zentrum könnte Netanyahu seine Macht verlieren. Um die Einberufung der Konferenz zu verhindern, müßte er Anfang 2025 Wahlen einleiten, und weder Deri noch Ben-Gvir haben vor, unvorbereitet zu sein. Wenn sie nicht zuschlagen, solange das Eisen heiß ist, verpassen sie eine einmalige Gelegenheit.

Deshalb sind die beiden mit einem in dieser Phase verrückten „Rüstungswettlauf“ beschäftigt, bauen Machtzentren auf und rekrutieren Anhänger. Ben-Gvir wandte sich erst neulich beispielsweise an das Finanzministerium mit der Bitte, eine Überbrückungsrente für Poli-

zisten der Spezialeinheiten zu genehmigen. Gleichzeitig brachte er ein Gesetz gegen Angriffe auf Gefängniswärter voran. Die Polizei- und Gefängnisbeamten sowie deren Rentner sind ihm mindestens ein Mandat wert.

Der dritte Kandidat im Rennen um die Nachfolge im Likud ist Avigdor Lieberman. Sein Vorteil gegenüber den anderen liegt in seiner relativen Flexibilität – er kann den Likud auch von innen heraus übernehmen.

Nach dem 7. Oktober wurde Lieberman als Kompromisskandidat für das Amt des Premierministers vorgeschlagen, falls sich im Likud fünf Mutige für ein konstruktives Misstrauensvotum finden würden. Nachdem dieser Plan sich zerschlug, machte Lieberman eine Kehrtwende, ließ seine Ambitionen, sich der Regierung anzuschließen, fallen und begann, Neuwahlen zu fordern. Seit über einem Monat führt er eine Kampagne zur „Vorbereitung der Herzen“ auf seine Vision der Führung. 12-14 Mandate in derzeitigen Umfragen sind ein traumhafter Wert.

Zwei seiner früheren Berater veröffentlichten kürzlich, nacheinander, Stellungnahmen ohne Offenlegung der Eigeninteressen, einer auf der Webseite „Walla“ und der andere bei „YNET“ (der Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“). Der Tenor bei beiden ist verdächtig ähnlich: „Er ist vielleicht nicht groß und blond... aber er kann und sollte der Kapitän sein“; „Bei ihm gilt: ein Mann, ein Wort“; „Er liebt die ultraorthodoxe Öffentlichkeit, kocht aber vor Wut auf ihre (religiösen und politischen) Führer“. In beiden Artikeln wurde die Partei „Israel Beitenu“ übrigens kein einziges Mal erwähnt.

Nach links und rechts blickend, sieht das oben genannte Trio nur Zwerge. Nir Barkats, Yoav Gallants – höchstens ein Gilad Erdan, Israels derzeitiger UNO-Botschafter. „Leider gibt es viel zu reformieren in Israel, und ich möchte Teil der notwendigen Reformen im Land sein“, verkündete der zurückkehrende Botschafter neulich im Radiointerview. Aber was hat Erdan, was sie nicht haben – und warum sollten sie sich damit begnügen, das Außen- oder Innenministerium von ihm zu bekommen?

Der letzte Monat vor der Sommerpause ist die entscheidende Zeit. Wer diesen Monat übersteht, gewinnt ein weiteres halbes Jahr Amtszeit. In diesem Monat stürzte der „Naivling“ Naftali Bennett, als er auf die Krone verzichtete. Daher sind die potenziellen „Erben“ nun von morgens bis abends mit dem Erbkrieg

beschäftigt und hoffen, daß nichts ihre Pläne durchkreuzt. – Wenn da nur nicht die Hisb-Allah und das offene Dilemma eines längst fälligen Libanon-Einmarsches wäre...

Die Zeche hat in jedem Fall das einfache Volk zu entrichten, dessen Kinder und Eltern in zunehmend vorgezogenem Wehrdienst sowie wiederholtem Reservedienst mit ihrem Blut (im Wortsinn!) zu bezahlen haben. – Nicht etwa Netanyahu und auch nicht seine beiden nichtsnutzigen Söhne, die sich im Ausland mitsamt aus dem Staatssäckel finanzierten persönlichen Bodyguards den sprichwörtlich „schönen Lenz machen“. So wird Israel noch immer jedes Verlangen eines – falschen – Königs, der nicht der HERR und Gott Israels oder SEIN messianischer Gesandter ist, weiter madig gemacht. Nicht umsonst war darüber schon der Prophet Samuel (Schmuel) in Zorn geraten: „Dies wird das Recht des Königs sein, der über euch regieren wird: Eure Söhne wird er nehmen, um sie für seinen Wagen und seine Gespanne einzusetzen, damit sie vor seinem Wagen herlaufen, und um [sie] sich zu Obersten über Tausend und zu Obersten über Fünzig zu bestellen, damit sie seine Äcker pflügen und seine Ernte einbringen und damit sie seine Kriegsgeräte und seine Wagengeräte anfertigen. Und eure Töchter wird er zum Salbenmischen, zum Kochen und Backen nehmen. Und eure besten Felder, Weinberge und Olivengärten, die wird er nehmen und sie seinen Knechten geben. Und von euren Kornfeldern und euren Weinbergen wird er den Zehnten nehmen und ihn seinen Kämmerern und Beamten geben. Und eure Knechte und eure Mägde und eure besten jungen Männer und eure Esel wird er nehmen und sie in seinen Dienst stellen. Von euren Schafen wird er den Zehnten nehmen, und ihr, ihr müßt seine Knechte sein. **Wenn ihr an jenem Tage wegen eures Königs um Hilfe schreien werdet, den ihr euch erwählt habt, dann wird euch der HERR an jenem Tag nicht antworten**“ (1. Sam. 8,11-18). Ausdrücklich weist der HERR den

Propheten aber an, „auf die Stimme des Volkes zu hören“ und ihnen zu gewähren, worum sie bitten (Verse 7,9). Sie sind allerdings vor dem „Preis“ ihres Verlangens zu warnen, den sie dann **ohne IHN** zu entrichten haben werden. Gibt es also einen faireren „Demokraten“ als den Gott Israels und Schöpfer der Welt, der eben keinem „altorientalischen Despoten“, sondern vielmehr einem weisen Erzieher Seiner Geschöpfe zu vergleichen wäre? –

Israel muß zur Umkehr gerufen werden

„**Denn nicht dich haben sie verworfen, sondern mich haben sie verworfen, daß ich nicht König über sie sein soll**“ (ebd. V.7), tröstete der HERR seinen Propheten Samuel. Und so ist es bis heute noch: Israel „baut“ vermittels seiner sich sakrosankt kritik-immun wählenden religiösen und politischen Führung noch immer



Beistand
Die Republikanerin Nikki Haley, ehemals US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, reiste Ende Mai nach Israel, um Benjamin Netanjahu demonstrativ zu unterstützen



Empfehlung
Die Anwältin Amal Clooney, hier im New Yorker UN-Hauptquartier, befürwortete Karim Khans Anträge auf Haftbefehle



Tatort
Der britische Jurist
Karim Khan besichtigte
im Dezember die Spuren
des Hamas-Terrors
im Süden Israels

auf die „eigene Gerechtigkeit“ (Röm. 10,3). Und jeder, der diese Konstellation fördert und stärkt, kann mithin nicht im Sinne des HERRN handeln. Dies gilt für Netanyahu nicht weniger als für jeden naiven christlichen Israelfreund. Israels mißliche Sicherheitslage, in die es sein eigener „böser Ratschlag“ manövriert hat, beweist dies zweifelsfrei. Und genau davor haben die 97 Pressekampagnen unseres Glaubensbruders Pülz auch in wachsender Dringlichkeit gewarnt. Doch wer hat gehört? Wer hat noch die rechte Erkenntnis und setzt dem entsprechend alle Hebel in Bewegung, dieses Werk Gottes zu unterstützen und zu fördern, damit Israel den rechten Rat und vor allem die rechte Wegweisung in dieser sich deutlich zuspitzenden Endzeit erhält, damit es sich schließlich an die richtige Adresse gewiesen finden wird nach dem prophetischen Wort, das Sacharja dem

Volk in den auf uns gekommenen Kapiteln 12 und 14 ausgerichtet hat.

Erst dann wird offenbar werden, daß es in der Absicht des HERRN stand, den von unseren Vätern verworfenen Messias Jeschua „in seinem Köcher verborgen zu halten“ (Jes. 49,2) bis eine späte Generation sein gnädiges Antlitz zu suchen sich anschickt – und zu IHM umkehrt und in Jeschua den Durchbohrten wiedererkennt.

Es müßte überdeutlich geworden sein, daß man SEINE Boten also zwar ignorieren, malträtiert, ja gar martern und ermorden kann. Aber SEINEM Wort und Planen entgeht keiner ungestraft. Auch das erwählte Israel nicht, wie jeder endlich – auch zum Wohle und Heile Israels selbst – endlich erkennen müßte!

Micha Owsinski (Israel)